



## IFC-Reaktion auf sexuellen Missbrauch bietet Bridge-Academies-Opfern keine Abhilfe

*Von Accountability Counsel, Inclusive Development International, Gender Action und urgewald*

**8. März 2024** - Am heutigen Internationalen Frauentag bittet die Internationale Finanz-Corporation (IFC) ihre Exekutivdirektor\*innen, einen unzureichenden und fehlerhaften Management-Aktionsplan (MAP) als Reaktion auf die [Untersuchung](#) des eigenen Beschwerdemechanismus (Compliance Advisor Ombudsman - CAO) zu sexuellem Kindesmissbrauch an Bridge International-Schulen in Kenia zu billigen. Die Exekutivdirektor\*innen sollten den vorgeschlagenen Management-Aktionsplan ablehnen.

Die Fakten sind eindeutig. Die IFC unterstützte ein rücksichtsloses Bildungsexperiment an afrikanischen Kindern, indem sie Bridge finanzierte, um ihr privates Schulnetzwerk in Kenia und darüber hinaus rasch zu erweitern. Die IFC hat es jedoch versäumt, die von ihren eigenen Richtlinien geforderte Sorgfaltspflichten durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Schulen sicher sind. Bridge beschäftigte Sexualstraftäter. Bridge-Schüler\*innen wurden missbraucht und wurden langfristig geschädigt. Selbst nachdem IFC zu mehreren Fällen von Missbrauch in Kenntnis gesetzt wurden, unternahm IFC nichts, um sicherzustellen, dass diese Kinder Wiedergutmachung erhalten. Stattdessen hat [IFC mit Bridge darauf hingewirkt](#) die unabhängige Untersuchung des eigenen Beschwerdemechanismus zu verzögern und die Missbrauchsvorwürfe zu vertuschen, um neue Investoren nicht zu verschrecken.

Die IFC lehnt weiterhin die Empfehlung des CAO ab, dass der Management-Aktionsplan eine finanzielle Entschädigung für die direkt von der Bridge Academy Betroffenen ermöglichen soll. Stattdessen schlägt die IFC eine nicht zielgerichtete "kollektive Antwort" vor, um Programme für Betroffene von sexuellem Kindesmissbrauch in Kenia zu unterstützen - ein Entwicklungsprojekt, für dessen Umsetzung die IFC nachweislich über keine Fachkenntnisse verfügt. Die IFC behauptet, dass diese Maßnahme, welche weder den Umfang noch die Kosten beziffert, mit der "weltweit bewährten Praxis" im Einklang stehe. Dem widersprechen wir. Das Ziel, Anbieter von Dienstleistungen zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch in Kenia zu unterstützen, ist zwar lobenswert, adressiert jedoch nicht die spezifischen Schäden, die der CAO aufgedeckt hat. Der Management-Aktionsplan versäumt es, die zentrale Forderung umzusetzen: den Betroffenen von Bridge Abhilfe zu leisten.

Im Januar gaben elf Exekutivdirektor\*innen der Weltbankgruppe, die 103 Länder und mehr als die Hälfte der gesamten IFC-Anteile repräsentieren, eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die offensichtlichen Mängel des von der IFC vorgeschlagenen Management-Aktionsplan anerkennen. In der gemeinsamen Erklärung hieß es, dass die IFC keine Form der finanziellen Unterstützung oder Entschädigung, wie sie vom CAO vorgeschlagen wurde, ausschließen sollte, bis die IFC zusätzliche Konsultationen, auch mit den Betroffenen, durchgeführt hat. Dies war der richtige Standpunkt, und wir begrüßen es ausdrücklich, dass die

Exekutivdirektor\*innen eine Überarbeitung des Management-Aktionsplans eingefordert haben.

Der neue Entwurf zeigt jedoch, dass die IFC der Forderung der Exekutivdirektor\*innen nicht nachgekommen ist. Die IFC weigert sich weiterhin anzuerkennen, dass sie eine finanzielle Unterstützung oder Entschädigung für die Opfer von sexuellem Missbrauch in Betracht ziehen muss, wenn sich dies aus der weiterhin ausstehenden Konsultation als angemessene Abhilfe resultiert. Stattdessen konzentriert sich die IFC weiterhin darauf, den Zugang zu einem noch zu beschließenden Dienstleistungsprogramm zu verbessern, indem sie die Kosten für den Transport oder andere Kosten für die Inanspruchnahme der Betreuung übernimmt. Es gibt keine Garantie dafür, dass die Betroffenen von Bridge überhaupt von dem vorgeschlagenen Programm profitieren werden.

Wir haben es also mit einem Management-Aktionsplans zu tun, der in Washington D.C. entwickelt wurde, ohne Konsultation, ohne Budget und der nicht auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten ist. Das ist keine gute Praxis. Vielmehr stellt dieses Vorgehen eine globale Blamage dar, die den moralischen Bankrott der IFC-Leitung signalisiert. Wir fordern die Exekutivdirektor\*innen auf, von ihrer Position vom Januar nicht abzurücken. Die Option einer sinnvollen finanziellen Unterstützung für die Betroffenen darf nicht ausgeschlossen werden, bis Konsultationen stattgefunden haben.

Außerdem fordern wir die Exekutivdirektor\*innen auf, diesen Management-Aktionsplan nicht ohne Diskussion im Aufsichtsrat zu genehmigen. Jeder Management-Aktionsplan als Reaktion auf eine CAO-Untersuchung - und insbesondere in einem Fall mit derart schwerwiegenden Auswirkungen - sollte Gegenstand einer formellen Board-Diskussion sein. Da derzeit die Bedingungen des Statements vom Januar nicht erfüllt sind, bitten wir Sie, den Management-Aktionsplan abzulehnen.

Eine PDF-Version dieser Pressemitteilung zum Herunterladen finden Sie [hier](#).

Margaux Day, Geschäftsführende Direktorin  
Beraterin für Rechenschaftspflicht

Elaine Zuckerman, Geschäftsführende Direktorin  
GenderAction

David Pred, Geschäftsführender Direktor  
Internationale Vereinigung für integrative Entwicklung

Dustin Schäfer, Teamleiter IFI-Team  
urgewald e.V.